

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff: **Aufbau einer Partnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine**

Bezug: 558/2022

Anlagen:

Zusammenfassung:

Die Verwaltung berichtet über den Stand ihrer Vorarbeiten für den möglichen Aufbau einer partnerschaftlichen Beziehung zu einer Stadt in der Ukraine.

Entsprechend dem interfraktionellen Antrag 558/2022 wird der Aufbau einer Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine angestrebt. Die Auswahl sollte jedoch unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfolgen und sicherstellen, dass es zwischen beiden Städten ausreichend Gemeinsamkeiten gibt, um auch langfristig Kontakte auf vielen Ebenen zu knüpfen.

Der sofortige Aufbau einer „klassischen“, formalen Städtepartnerschaft ist mit Blick auf die aktuelle Situation sowie Bedarfe ukrainischer Städte aus Sicht der Verwaltung zunächst nicht zu empfehlen, könnte sich jedoch zu einem späteren Zeitpunkt aus der Solidaritätspartnerschaft ergeben.

Finanzielle Auswirkungen

In der Aufbauphase einer Solidaritätspartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt können die Mittel genutzt werden, die für Petrosawodsk zur Verfügung stehen, da diese Partnerschaft während des Krieges ruht. Inwiefern zusätzliche Mittel erforderlich sein werden, ist momentan nicht absehbar. Für den Aufbau einer weiteren, langfristig tragfähigen Städtepartnerschaft wären jedoch auf jeden Fall zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen erforderlich.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Mit einem interfraktionellen Antrag (Vorlage 558/2022) wurde die Verwaltung aufgefordert, eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine in den Blick zu nehmen. Ziel dieser Partnerschaft soll sein, sinnvolle Hilfsleistungen einfacher und direkter zu erbringen und einen für beide Seiten fruchtbaren Austausch zu schaffen.

Anlass war der gemeinsame Aufruf von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky vom 25. Oktober 2022, Städtepartnerschaften zwischen Deutschland und der Ukraine zu begründen.

In einem ersten Schritt sollte die Verwaltung mit der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) Kontakt aufnehmen.

2. Sachstand

Die SKEW gibt Kommunen Hilfestellung bei der Anbahnung von Partnerschaften, berät bei der Auswahl von Städten und stellt Kontakte her, organisiert bei Bedarf Online-Treffen und stellt auch Dolmetscherinnen und Dolmetscher zur Verfügung. Dem interfraktionellen Antrag entsprechend hat die Verwaltung Kontakt zur SKEW aufgenommen und eine formlose und unverbindliche Interessensbekundung am Aufbau einer Solidaritätspartnerschaft eingereicht. Mit diesem Schritt ist die Stadt Teil des Netzwerkes der SKEW und darüber hinaus in weitere Verteiler eingebunden. In der Kommunikation mit der SKEW oder dem Netzwerk „Cities 4 Cities United 4 Ukraine“ wurden bereits verschiedene, möglicherweise in Frage kommende ukrainische Städte genannt.

Bevor eine Stadt ausgewählt werden kann, müssen nach Ansicht der Verwaltung jedoch zunächst einige Voraussetzungen definiert werden:

a. Ziel und Art der Partnerschaft

Im Antrag wird der Aufbau einer Partnerschaft gewünscht, um besser Hilfe zu leisten und einen fruchtbaren Austausch zu schaffen. Allerdings ist die Tübinger Zivilgesellschaft ein Jahr nach Beginn des Krieges in der Ukraine bereits sehr gut vernetzt und durch direkte Kontakte in der Lage, Hilfe für die Ukraine zu organisieren. Transporte werden unbürokratisch durchgeführt, über die sozialen Netzwerke werden spontan, schnell und effektiv Aufrufe für Sammlungen und Unterstützungsmaßnahmen, wie Transporte und Busse, organisiert und abgewickelt.

Mit der Einrichtung einer Solidaritätspartnerschaft könnte die Universitätsstadt Tübingen vor allem über überregionale Netzwerke und fachlichen Austausch dazu beitragen, Hilfen zu organisieren. Die Verwaltung könnte auch auf andere Fördermittel als die Zivilgesellschaft zugreifen und so im Idealfall einen zusätzlichen Beitrag leisten. Konkret können für Anschaffungen wie Feuerwehrfahrzeuge und Krankenwägen oder bspw. medizinische Güter bis zu 50.000 € beantragt und auch Hilfen für die Durchführung von Transporten abrufen werden. Es erscheint aber nicht zielführend, bereits eingespielte Abläufe, wie Sammlungen von Hilfsgütern, zu übernehmen oder gar mit der Zivilgesellschaft zu konkurrieren.

Mit einer formalen Partnerschaft kann und soll ein langfristig wirksamer, fruchtbarer, auf Gegenseitigkeit beruhender Austausch geschaffen werden. Die Stärke einer Verbindung zwischen Städten auf der Verwaltungsebene ist der fachliche Austausch, der zu einer Kompetenzerweiterung auf beiden Seiten führen kann. Realistisch betrachtet, würde eine Partnerschaft in den kommenden Jahren vor allem der ukrainischen Stadt unterstützend zur Seite stehen. Langfristig könnte die Universitätsstadt Tübingen vor allem bei einem „grünen“ Wiederaufbau unterstützen und dabei selbst Erfahrungen sammeln.

Mit Blick auf die Art der Kooperation gibt es neben der formal etablierten Städtepartnerschaft im traditionellen Sinn auch andere Möglichkeiten: Eine *Projektpartnerschaft* beispielsweise ist ein Zusammenschluss, um ein gemeinsames Projekt umzusetzen; sie endet anschließend, wenn nicht ein neues Projekt vereinbart und begonnen wird. Die *Solidaritätspartnerschaft* ist eine neue, durch die SKEW eingerichtete Art der Verbindung: Mit dem Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft können Kommunen auch auf die Mittel und die Unterstützung der SKEW zugreifen, ohne zuvor eine formale Städtepartnerschaft einzugehen. Das soll es den Städten einfacher machen, Verbindungen einzugehen und relativ schnell zu starten, denn der Aufbau von Städtepartnerschaften braucht oft viele Jahre.

Eine *formale Städtepartnerschaft* wiederum wird gewöhnlich geschlossen, wenn über viele Jahre stetige Verbindungen zwischen zwei Städten bestehen und dies formalisiert werden soll. Eine solche Partnerschaft bedeutet im Normalfall, dass auf vielen Ebenen von Politik, Verwaltung und vor allem Zivilgesellschaft und in vielen Themengebieten regelmäßige, gegenseitige Austauschprojekte gepflegt werden.

Die Verwaltung hat bei anderen Städten in Baden-Württemberg über deren Verfahren und Stand einer Partnerschaft in die Ukraine recherchiert. Einige Städte konnten über bereits bestehende Kontakte schnell Hilfe in die Ukraine organisieren und auch Partnerschaften aufbauen. Die meisten Kommunen sind jedoch an einem ähnlichen Punkt wie Tübingen und beginnen gerade mit dem Anbahnungsprozess. Dabei tendieren die meisten Städte dazu, eine Solidaritätspartnerschaft einzugehen, die in langfristiger Perspektive auch in eine Städtepartnerschaft münden kann. Es gibt jedoch auch Beispiele von Städten, die festgestellt haben, dass die Zusammenarbeit nicht so funktioniert, wie sie es sich vorgestellt haben, und die Beziehungen daher wieder beenden.

Angesichts der äußerst fragilen derzeitigen Situation – und zweifellos wird sich auf längere Sicht daran nichts ändern – empfiehlt die Verwaltung daher, zuerst mit einer Solidaritätspartnerschaft zu helfen und dann ggfs. die Kontakte stetig in der Breite auszubauen. Sollten sich die Beziehungen mit der Zeit verstetigen, kann eine formelle Städtepartnerschaft ins Auge gefasst werden.

b. Auswahl der Stadt

Die Verwaltung hat auch recherchiert, aus welchen Städten und Regionen der Ukraine die nach Tübingen Geflüchteten kommen und wohin der Großteil der aktuellen Hilfstransporte geht. Bisher hat sich bei dieser Recherche keine eindeutige Verbindung von Geflüchteten oder Hilfslieferungen gezeigt, bestimmte „Schwerpunktstädte oder -regionen“ lassen sich nicht ausmachen. Vielmehr kommen Menschen aus allen Teilen der Ukraine, und umgekehrt gehen auch die Hilfstransporte, allen voran die durch die Gruppe „Tübingen Hilft Ukraine“ organisierten, in alle Teile der Ukraine. Einzig in die Stadt Kremenchuk gibt es seit einigen Jahren festere Kontakte auf privater Basis.

Mit Blick auf Auswahl der Stadt gibt die Verwaltung folgendes zu bedenken:

- Eine Stadt im Westen der Ukraine könnte bei der Aufnahme von Binnenflüchtlingen unterstützt und strukturell gestärkt werden. Ein großer Vorteil wäre die gute Erreichbarkeit und die theoretische Möglichkeit des Austauschs auf mehreren Ebenen, z.B. auch im Bereich Kultur oder Fachkräfte.
- Eine Stadt im Zentrum oder gar Osten würde sich in den nächsten Jahren – je nach Stadt – vor allem auf humanitäre Unterstützung und Wiederaufbau konzentrieren. Auch wäre die Erreichbarkeit schwieriger und die Sicherheit bei Begegnungen bis Kriegsende weniger zu gewährleisten.
- In einigen Städten wird der Bürgermeister von der Swoboda-Partei gestellt. Eine Zusammenarbeit mit dieser rechtsnationalen und antisemitischen Partei würde die Verwaltung ausschließen.

c. Ressourcen

Der Aufbau neuer fester Kontakte in eine ukrainische Stadt dauert voraussichtlich mehrere Monate und wird, je nach Stadt, erstmal online stattfinden. Da die Partnerschaft mit Petrosawodsk momentan auf Eis liegt, kann diese Arbeit mit den aktuellen personellen und finanziellen Ressourcen umgesetzt werden. Für den Aufbau einer weiteren, langfristig tragfähigen Städtepartnerschaft, sind jedoch personelle sowie finanzielle Ressourcen erforderlich, insbesondere angesichts des so schwierigen Umfelds. Dieser Aufwand ginge weit über die Pflege einer existierenden Partnerschaft hinaus.

Finanziell muss auch bei Beantragung von Fördermitteln der SKEW ein Eigenanteil von mindestens zehn Prozent geleistet werden. Je nach Umfang von Anschaffungen und Unterstützungsleistungen kann das eine größere Summe bedeuten. Zusammen mit möglichen Reisen und Einladungen zu einem späteren Zeitpunkt kann dies die vorhandenen Ressourcen schnell übersteigen.

Zusätzlich sollte nach Kriegsende die Partnerschaft mit Petrosawodsk wieder reaktiviert und im Sinne der Völkerverständigung Versöhnungsarbeit geleistet werden. Auch das wäre ein zusätzlicher Aufwand, der über die normale Partnerschaftsarbeit hinausgehen wird. Dies sollte nicht vernachlässigt und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, eine Verbindung zu einer ukrainischen Stadt im Rahmen einer sogenannten Solidaritätspartnerschaft mit Hilfe der SKEW anzugehen.

Für die Auswahl der Stadt stimmt die Verwaltung die Vorschläge der SKEW mit den bereits bestehenden Kontakten der Tübinger Zivilgesellschaft ab, um eine gute Zusammenarbeit zu gewährleisten und keine Parallelstrukturen aufzubauen. Im Idealfall liegt die Stadt im Westen bis im Zentrum der Ukraine und hat noch keine weitere deutsche Partnerschaft. Zudem soll die Stadt ein ähnliches Profil wie Tübingen aufweisen, um ggfs. auch für den Aufbau einer langfristigen Städtepartnerschaft in der Zukunft viele Anknüpfungspunkte zu haben.

Im nächsten Schritt würde die Verwaltung dem Gemeinderat Vorschläge von in Frage kommenden Städten unterbreiten und Kontakt zu den Städten aufnehmen, um

Erwartungen und Bedarfe zu klären. Dann kann im Gemeinderat ein Beschluss über die Partnerschaft, ihren Umfang und die Ausstattung gefällt werden.

4. Lösungsvarianten

Es wird keine Partnerschaft angestrebt.

5. Klimarelevanz

Die Klimarelevanz beschränkt sich vorerst auf die zusätzlichen Transporte von Hilfsgütern in die Ukraine.